

Das „Beispiel
- Lokaler

Protest

im Oberrheintal

und seine

Breitenwirkung¹

Wyhl

Früh am Morgen des 20. Februar 1975 näherten sich hunderte Polizisten einer kleinen Rodung im Rheinauwald außerhalb des südbadischen Dorfes Wyhl. Eine inhomogene Gruppe von circa 150 Personen, inklusive „Winzer, Studenten, Hausfrauen, Priester und Mediziner“ drängte sich um ein schwelendes Lagerfeuer und stärkte sich für den zu erwartenden Angriff.² Die Polizisten befahlen der Menschenmenge, ihre Zelte abzubauen, ihre Sachen zu packen und den Wald zu verlassen. Anstatt zu gehorchen, begann die Gruppe zu singen. Innerhalb weniger Augenblicke fing die Polizisten an, einzelne Menschen aus der Gruppe zu reißen und wegzutragen. Immer noch unfähig, die Menschenmenge komplett aufzulösen, setzte die Polizei Wasserwerfer ein.

Diese grausame Konfrontation beendete den ersten Versuch einheimischer Reaktorgegner, den Bauplatz des Kernkraftwerks Wyhl zu besetzen. Im Gegensatz zu früheren lokalen Anti-Atomprotesten war dieser Besetzungsversuch – und wichtiger noch der aggressive Polizeieinsatz, der ihn beendete – gefilmt worden. Eine Woche später wurde der Film zur Hauptsendezeit in der ARD ausgestrahlt. Gemütlich in ihren Wohnzimmern sitzend, schaute die entsetzte bundesdeutsche Bevölkerung zu, wie Demonstranten mittleren Alters zuerst von der Polizei verprügelt und danach mit Wasserwerfern beschossen wurden. Auch wenn die Konfrontation nur die letzten fünf Minuten eines einstündigen Films darstellte, der den inzwischen über fünf Jahre hinaus andauernden Kampf der Kernkraftgegner:innen am Oberrhein zeigte, hatte das Ereignis einen enormen Auswirkung auf die Bevölkerung. Angesichts der beunruhigenden Übertragung fing die benebelte Presse endlich an, die Besetzung zu untersuchen und darüber zu berichten. Der Christdemokrat Hans Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, versuchte, die Situation zu erklären, indem er verkündete, dass nicht die

„örtliche Bürgerschaft“, sondern auswärtige „Drahtzieher“, die bundesweit organisiert seien, für den Vorfall in Wyhl verantwortlich waren.

Filbingers Behauptung, sich einmischende Außenseiter seien für die Besetzung in Wyhl verantwortlich, verkehrte die eigentliche Situation in ihr Gegenteil: Die Protagonist:innen des Kampfes gegen das geplante Kernkraftwerk in Wyhl waren ortsansässige Bauern und Bäuerinnen sowie Winzer:innen. Sie wurden von bürgerlichen Bewohner:innen der nahe liegenden Stadt Freiburg und einer Handvoll Studierenden unterstützt. Trotz Filbingers Behauptung war die lokale Herkunft der Demonstrierenden für die Fernsehzuschauer:innen eindeutig. Ein Artikel in „Der stille Weg“, dem Organ des standhaft konservativen „Weltbunds zum Schutz des Lebens“ (WSL), notierte, dass:

„wer die Gesichter der ‚Akteure‘ sah, die um ihre Heimat kämpfen, wer von ihrer Enttäuschung über die von ihnen selbst gewählten Vertreter im fernen Stuttgart las, der weiß die Behauptung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, es handle sich hier um die Aufführung von ‚Extremisten‘ richtig einzuschätzen: als schlichte Lüge!“³

Ein weiterer Berichtstatter gab an, die lokalen Wurzeln des Protests seien so stark, dass „gegen Atomindustrie und Regierung [...] an vielen Orten eine Art Einheitsfront zustande [kam] wie gegen einen ausländischen Eroberer.“⁴

Als das brutale Ende der ersten Besetzung der Baustelle in Wyhl von der ARD eine Woche später ausgestrahlt wurde, hatten die Aktivist:innen die Baustelle schon wieder besetzt. Diese zweite Besetzung dauerte insgesamt neun Monate an. Als gewagte Aktion und eindeutige Untergrabung der Autorität der Landesregierung lockte diese zweite Besetzung die unterschiedlichsten Individuen und Organisationen nach Wyhl. Sie kamen, um selber zu erfahren, was im fernen Südwesten der Republik eigentlich los war. Alternative Zeitschriften berichteten über die Besetzung für diejenigen, die selber nicht in der Lage waren, nach Wyhl zu reisen. Viele, die Wyhl besuchten, oder die die Berichterstattung lasen, wurden daraufhin selbst gegen Atomkraft aktiv.

Energie für Baden- Württemberg

Es gibt keine
realistische
Alternative zur
Kernenergie

Regierungserklärung
von Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger
zur Auseinandersetzung
um den Bau von
Kernkraftwerken

**Kernkraftwerke
liefern die
sauberste und
am wenigsten
umweltfeindliche
Energie**

**Ohne Kernenergie
keine Sicherung
der
Arbeitsplätze**

**Jede Landschaft
muß ihren
Beitrag zur
Zukunftsvorsorge
leisten**

**Baden-
Württemberg**



LANDESREGIERUNG

**vor dem Landtag
von Baden-Württemberg
am Donnerstag,
27. Februar 1975**

Mit dieser Regierungserklärung nimmt die Landesregierung Stellung zu der Auseinandersetzung um den Bau von Kernkraftwerken. Diese Auseinandersetzung hat sich in den letzten Tagen in einem bestimmten Teil unseres Landes bedrohlich zugespitzt. Was in Wylh geschehen ist, geht die Bürger im ganzen Lande an. Interessen von uns allen stehen auf dem Spiel. Deshalb ist dieses Hohe Haus der rechte Ort, um sich mit diesem Vorgang auseinanderzusetzen.

Es ist nämlich notwendig, die Grenzen wieder ins Bewußtsein zu rücken, die in einem demokratischen Rechtsstaat für Art und Ausmaß politischer Demonstration und politischem Widerstand gesetzt sind.

Denn die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie gründet sich auf Werte, die geachtet, und auf Regeln, die eingehalten werden müssen, soll nicht das Ganze Schaden nehmen. Dies gilt auch dort, wo tatsächliche oder vermeintliche Sonderinteressen im Konflikt mit dem Gesamtwohl stehen.

Die Normen für das friedliche Austragen von Konflikten sind in Wylh aufs grobste verletzt worden. Die zweimalige widerrechtliche Besetzung, die Anmaßung der Besetzer über das Eigentum anderer willkürlich zu verfügen, sind schwerwiegende Rechtsverstöße. Hier ist dieses Hohe Haus aufgerufen, Stellung zu beziehen. Der Verantwortung für den Rechtsstaat kann und darf sich niemand versagen.

Wissenschaftler:innen haben der Auseinandersetzung in Wyhl längst eine bedeutende Rolle als Katalysator der bundesdeutschen Anti-Atomkraftbewegung zugesprochen. Um die Breitenwirkung der Wyhler Besetzung zu erklären, untersucht dieser Artikel sowohl die lokalen Wurzeln des Protests als auch die Motivationen der auswärtigen Gruppen, die sich nach der Wyhler Besetzung im anti-nuklearen Projekt vereinnahmen ließen.

Die Opposition auf Graswurzel-Ebene organisieren

Der im Fernsehen übertragene Zusammenstoß im Wyhler Wald beflügelte Fantasien in der ganzen Bundesrepublik. Dabei vernebelte er aber auch die sich über Jahre hinziehende, langsame und bedachte Vorarbeit, die die lokalen Atomkraftgegner:innen auf diese gewagte und illegale Aktion vorbereitete. Wenige Wochen nach der Ausstrahlung, im März 1975, machte sich Freia Hoffmann Sorgen über die Vorstellungen jener Außenseiter. „In Südbaden“, schrieb sie, „haben wir gehört, daß andernorts das Beispiel Wyhl eher Resignation ausgelöst hat: Ja, die Kaiserstühler, das sind halt besonders mutige Leute, so etwas wäre bei uns nicht möglich.“ Um dieser Resignation entgegenzukommen, fand Hoffmann es notwendig, die „lange Geschichte“ des Kampfs zu erläutern. „Auch hier haben einzelne angefangen, in mühsamer Überzeugungsarbeit auf die Gefahren der Atomkraftwerke hinzuweisen, es wurden in geduldiger Kleinarbeit unzählige Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt, usw.“ Nur diese lange Geschichte, so Hoffmann, konnte die Besetzung im Jahr 1975 erklären.⁵

An Bewusstsein für diese langmütige und akribische Arbeit mangelte es. Nicht nur unter denjenigen, die die Wyhler Besetzung damals nachahmen wollten, sondern auch unter denjenigen, die später versucht haben, die Verbreitung der Anti-Atomkraftbewegung in den 1970er Jahren zu verstehen. Eine Untersuchung der Geschehnisse, die in den Jahren vor der Wyhler Besetzung stattfanden, verrät den lokalen Charakter der Anti-Atomkraftbewegung am Oberrhein, aber auch ihre interne Diversität. Sie erhellt auch die Art und Weise, in der ortsansässige Menschen den Bau von KKW in ihrer Nähe als konkrete Bedrohung ihrer

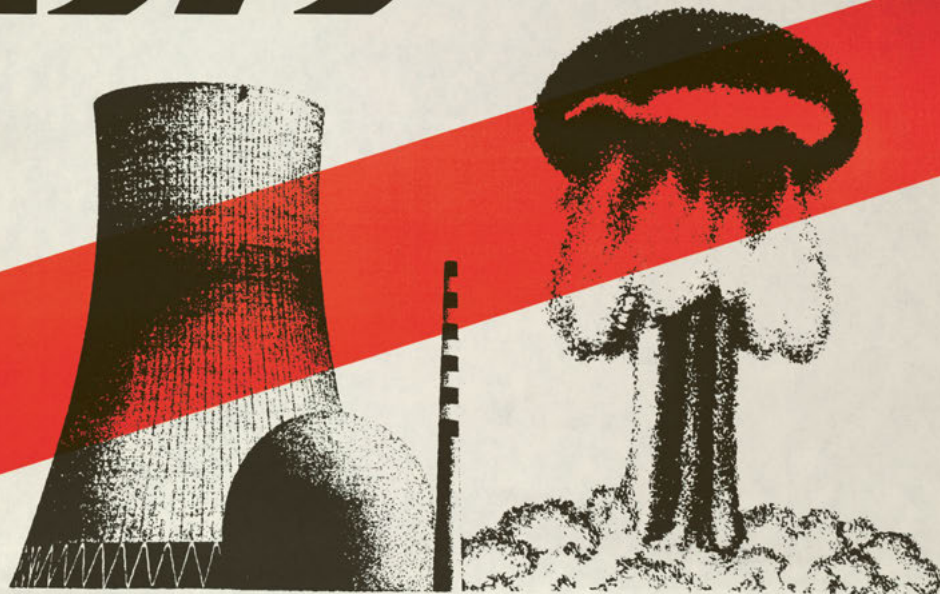
Lebensweise erkannten. Da genau diese Eigenschaften zur empfundenen Legitimität der Bewegung so viel beitrugen – und sie so viele auswärtige Beobachter beeindruckten – ist das Verständnis darüber, wie die Protestierenden am Oberrhein sich über Jahre hinweg organisierten, notwendig, um ihren Kampf und seine Wirkungen zu verstehen.

Die lokale Bewegung, die in die Wyhler Besetzung einmündete, begann schon im Juli 1970, als der elsässische Lehrer Jean-Jacques Rettig in der Zeitung las, dass die Électricité de France (EDF) beabsichtigte, ein Kernkraftwerk bei dem Dorf Fessenheim zu bauen. Zusammen mit seiner Frau Inge hatte Rettig schon seit einigen Jahren Korrespondenzen zwischen deutschen und französischen Umweltgruppen übersetzt. Seit den späten 1950er Jahren stellten Gruppen wie der WSL den öffentlichen Konsens um die „friedliche“ Nutzung der Kernenergie in Frage. Mit diesen Argumenten vertraut und über die Pläne der EDF besorgt, fingen die Rettigs an, über das geplante KKW mit Freunden zu sprechen. Zusammen mit vier weiteren Familien, gründeten sie die „Comité pour la sauvegarde de Fessenheim et de la plaine du Rhin“ (CSFR). Im April des darauffolgenden Jahres organisierte die CSFR einen streng-regulierten stillen Protestmarsch von mehr als tausend Protestierenden durch Fessenheim. Diese schweigende Aktion konnte Diskussionen um die Atomkraft unter den Bewohnern Fessenheims kaum fördern. Trotzdem war der Marsch Auslöser für Diskussionen, die über den Rhein hinausgingen.

Freiburg 2.6.79

Pfingsten 1979

3. + 4. Juni



INTERNATIONALE DEMONSTRATIONEN GEGEN DIE ATOMENERGIE

MARSCH NACH FESSENHEIM

Pfingstsonntag: Treck von Bad - Krozingen
nach Neuenburg;
Übernachtung in Neuenburg;
Zelt und Proviant mitbringen

Pfingstmontag: Grenzübergang nach Chalampée,
Wanderung nach Fessenheim;
dort: Alternativausstellung

Abmarsch am Pfingstsonntag:
von Freiburg: Zug **10.32** nach Bad Krozingen
per Fahrrad **8.30** St.Georgen, Baselerlandstr. Kirche
Abmarsch **11.00** Bahnhof Bad Krozingen
von Müllheim: Zug **9.41** nach Bad Krozingen
mit Fahrrad Treffpunkt **11.00** Bahnhof Bad Krozingen
Für Rückfahrt nach Freiburg wird gesorgt

Als Gerüchte über Pläne „ein Kernkraftwerk von bis dahin unvorstellbaren Dimensionen“ in Südbaden zu bauen, die Runde machten, waren diejenigen, die schon in Fessenheim dabei waren, unter den ersten die sich Sorgen machten.⁶ Das Modell der Gründung der CSFR, indem sich Freundeskreise als „Bürgerinitiativen“ (BI) gegen die Atomkraft zusammenschlossen, wurde mehrmals in Südbaden nachgeahmt.

Margot Harloff, eine Bekannte der Rettigs, die an dem Marsch in Fessenheim teilgenommen hatte, bildete in Freiburg eine BI aus Mitgliedern des Bildungsbürgertums. Harloffs Gruppe, die sich „Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Kernkraftwerke“ nannte, äußerte Bedenken zu den fehlenden Erfahrungen mit Kernkraftwerken von dem Ausmaß, wie es für Fessenheim und für Südbaden vorgesehen war, und auch zur fehlenden Kommunikation zwischen französischen und deutschen Behörden. Das wirksamste Werkzeug der Aktionsgemeinschaft bei ihrem Bemühen, Freiburger Bürger für den Kampf gegen Atomkraft zu gewinnen, war ein Plakat, das die Kühltürme des geplanten Reaktors mit dem Turm des beliebten Freiburger Münsters verglich. Wie die Legende des Bilds erklärte, würden die Kühltürme anderthalbmal so groß wie der Münster-turm sein. Ihr Basisumfang sollte der Größe eines Fußballfeldes entsprechen.

Auch in den Weinbaudörfern am Rhein bildeten sich BIs. Hier waren persönliche Bekanntschaften und spezifische Sorgen von besonderer Bedeutung. Indem sie das KKW als Bedrohung für den Weinbau auffassten, der immerhin einen der Pfeiler der örtlichen Volkswirtschaft bildete, konnten zwei Freunde viele Einheimische in die Bewegung bringen. Dieses Duo, das aus dem Elektriker Dieter Berstecher und dem Winzer Günter Sacherer bestand, besuchte Dörfer am ganzen Kaiserstuhl. Sie teilten den Winzern meteorologische Berichte mit und erklärten, wie Dampf aus den Kühltürmen des geplanten KKW's Nebel bilden würde und dadurch das Sonnenlicht blockieren könnte. Als Konsequenz würden die einheimischen Trauben ihren charakteristischen Zuckergehalt einbüßen – aus Prädikatsweinen würden Tafelweine. Die Winzer wären ruiniert.

Wie diese Beispiele zeigen, wurde die „Perlenkette“ von KKW's, die für das Oberrheintal vorgesehen waren, von einem Querschnitt der Bevölkerung, die von Lehrer:innen über Mitglieder des Freiburger Bildungsbürgertums bis zu den Winzer:innen reichte, abgelehnt. Eine Auswahl spezifischer und oft technisch begründeter Überlegungen versetzten diese Personen in Sorge. Indem sie ihre Befürchtungen mit Nachbar:innen und Kolleg:innen teilten, warben sie weitere Atomkraftgegner:innen an. Ihre Sorgen wurden aber von den Behörden nicht wahrgenommen, und genau diese Nicht-Beachtung führte dazu, dass sie im gleichen Atemzug die Atomenergie insgesamt angriffen und für mehr Demokratie plädierten.

██████████ Vom lokalen Protest zu einer regionalen Bewegung

Nach mehreren Monate geduldiger Bemühungen um Außenkontakte und nach unzähligen Diskussionen über die Atomenergie äußerte sich die überwiegende Mehrheit der ländlichen Bevölkerung gegen das KKW-Projekt, das nahe der Stadt Breisach gebaut werden sollte. In Oberrotweil, dem Heimatort von Günter Sacherer, unterschrieben 1.021 von 1.090 wahlberechtigten Bürger:innen einen Antrag gegen den geplanten Breisacher Reaktor. Im benachbarten Burkheim, aus dem Dieter Berstecher stammte, unterschrieben 889 von 891 Wähler:innen den Antrag. In der gesamten Region sammelten Aktivist:innen während einer vierwöchigen Einspruchsfrist mehr als 60.000 Unterschriften gegen das Projekt. Im September 1972, auf dem Höhepunkt dieser Aktion, veranstalteten ansässige Bauern und Bäuerinnen ihren ersten öffentlichen Protest gegen die empfundene Bedrohung ihres Lebensunterhalts. Etwa fünfhundert Winzer:innen, Bauern und Bäuerinnen fuhren ihre Traktoren im langsamen Umzug durch die Dörfer des Kaiserstuhls und in die Stadt Breisach hinein.

In Freiburg ließ sich der „Bund Kommunistischer Arbeiter“ (BKA) von dieser Aufführung ländlicher Stärke nicht beeindruckt. Die Bäuerinnen und Bauern hätten es verfehlt, schrieb die dogmatische marxistische Gruppe in ihrer Zeitschrift „Klassenkampf“, die Landesregierung und die Atomindustrie deutlich anzugreifen. Sie hatten lediglich sanftmütige Hilferufe gemacht und „moralisierende Briefe“ geschrieben.⁷ Auch wenn dieser kritischen Artikel die falschen Annahmen und den Irrglauben des BKAs verrät, steckte ein Körnchen Wahrheit in einigen Vorwürfen. Die sehr spezifischen Forderungen ließen wohl denken, dass ein „besseres KKW“ oder zumindest ein KKW, das weiter weg von den betroffenen Weinbergen stand, die Opposition zur Atomenergie insgesamt abmildern ließe.

Was der BKA doch nicht begreifen konnte, war, wie bedeutend diese limitierten und spezifischen Forderungen für das Anwerben der lokalen Bevölkerung und dadurch für die Bedeutung des Protests insgesamt waren. Bereits im Herbst 1972 erweiterten sich die

unmittelbaren und spezifischen Sorgen der Atomkraftgegner:innen am Oberrhein zu breitgefächerter Kritik an der Atomenergie und an der Landesregierung. Am 23. September, veröffentlichte der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg einen Kommentar mit der frechen Behauptung, dass es so weit wie „die EWG noch näher zusammen [rückt]“ bald keinen Platz mehr im Oberrheintal für „die Funktionen ‚Wohnen‘, ‚Erholung‘ usw.“ gebe. Solche Aktivitäten mussten dann wohl „in der ‚Vorbergzone‘ und in den Seitentälern des Rheins angesiedelt werden.“⁸ Für Bewohner:innen der südbadischen Rheindörfer kam dieser Artikel einer abschreckenden Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg gleich. Denn im Frühjahr 1945 war ihnen befohlen worden, ihre Häuser zu verlassen, um von der „Vorbergzone“ aus zuzuschauen, wie die Artillerie der Alliierten ihre Dörfer in Schutt und Asche legte.⁹

Die Umstände der Entscheidung, das geplante Kernkraftwerk von der Stadt Breisach in das Dorf Wyhl zu verlegen, wurde als weiterer Beweis der Missachtung der Landesregierung empfunden. Nach einem kontroversen Erörterungstermin im Oktober 1972 gab der baden-württembergische Landeswirtschaftsminister Eberle zu, man müsse das Breisach-Projekt zeitlich verschieben. Seine Äußerung wurde als Signal wahrgenommen, dass die Landesregierung endlich die Sorgen der lokalen Bevölkerung ernst nahm. Doch diese kurze Periode der Entspannung wurde im Juli 1973 schroff beendet mit einer unerwarteten Ankündigung, das Kernkraftwerk werde 20 Kilometer stromabwärts von Breisach, bei dem Dorf Wyhl, gebaut. Je deutlicher es wurde, dass trotz der Zusicherungen der Landesregierung dieser Umzug des Projekts von Breisach nach Wyhl die Sorgen der Bevölkerung keineswegs lösen würde, desto mehr schmolz das Vertrauen der Reaktorgegner in die Landesregierung zusammen.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre diskutierten Atomkraftgegner:innen ihre Sorgen weiter. Anti-KKW-Gruppen organisierten Info-Abende in Dorfkneipen und in den Veranstaltungshallen Freiburgs. Nacht für Nacht diskutierten Winzer:innen und Naturwissenschaftler:innen, Dorfbewohner:innen und Freiburger:innen in technischer und wissenschaftlicher Sprache die Probleme, die die geplanten Reaktoren der Region aufwerfen

BLEIWERK - ALARM MARCKOLSHEIM GILT WEITER!

Seit Freitagmittag ist der Bauplatz für das Bleichemie- Werk der CWM (Chemische Werke München) bei Marckolsheim (Elsaß) besetzt. Die Besetzung richtet sich gegen den Bau einer Fabrik, die durch ihre Kamine in 14 Tagen 2 Tonnen Bleiverbindungen in die Luft pumpen und damit Pflanzen, Tiere und Menschen enorm vergiften würde. Die verheerenden Folgen beim Betrieb solcher Bleiwerke sind an den Beispielen Nordenham, Stolberg usw. deutlich geworden: Hunderte von Kühen starben, Tausende von Hühnern gingen ein, an vielen Kindern wurden schwerwiegende Mißbildungen und Vergiftungen festgestellt.

Auf Grund dieser Erfahrungen ist der Bau des Bleiwerkes der CWM in der BRD nicht genehmigt worden. Die franz.Umweltschutz-Bestimmungen haben es dem Unternehmen erlaubt, nach Frankreich auszuweichen. In Lothringen ist es damit bereits am Widerstand der Bevölkerung und der Bauarbeiter gescheitert. Nun versucht es die CWM in Elsaß. Abgesehen davon, daß der Bleiabfall durch den Wind auch in den Kaiserstuhl und den Breisgau getragen würde, sind wir auch deshalb von dem Plan betroffen, weil er Teil der geplanten Überindustrialisierung, d.h.Zerstörung des Oberrheintales ist (Kernkraftwerk Wyl, Brennelementenfabrik Heitersheim, Flugplatzausbau Freiburg, Schwarzwaldautobahn usw.).

Durch die Platzbesetzung (Montag früh 300 Leute) sind die Arbeiten bei dem Versuch, einen Bauzaun zu errichten, gestoppt worden. Jetzt kommt es darauf an, den Widerstand langfristig fortzusetzen! Es müssen immer möglichst viele Leute auf den Platz sein! Gleich rechts nach den Grenzübergang Sasbach/Kaiserstuhl! Evtl. Schlafsäcke mitnehmen! Autotreffen und Mitfahrgelegenheit täglich FREIAU: 7.30 und 13.30 Uhr. Kontakttel.FR 40 44 61,27 79 35

konnten. Bei jedem Termin arbeiteten kritische Expert:innen zusammen mit der Bevölkerung, um Fragen zu klären und allen Anwesenden die Argumente kritischer Physiker, Biologen und Meteorologen vertraut zu machen.

Mit diesen Argumenten – und wichtiger noch, ihrer eigenen Kenntnis der Region und ihrer landwirtschaftlichen Arbeit – gerüstet, waren die Ortsansässigen bereit, die Ansichten der Experten, die von der Landesregierung zu ihnen geschickt worden waren, in Zweifel zu ziehen. Mit gerechtem Zorn reagierten Winzer:innen auf einen Mainzer Professor für Landwirtschaft, der behauptete, Kartoffeln benötigten mehr Sonnenschein als ihre kostbaren Weintrauben. Nach solchen Begegnungen ebte sogar die Vorstellung des offenen Dialogs bald ab.

Für die Atomkraftgegner:innen bildete ein Erörterungstermin im Juli 1974 den bislang deutlichsten Hinweis darauf, dass die Regierungsbeamten keinerlei Interesse hatten, mit ihnen das Projekt ernsthaft zu diskutieren. Nachdem der leitende Stuttgarter Funktionär einzelne Themenbereiche einfach übersprang, und vielen wartenden Bürgern keine Möglichkeit zum Reden gab, verließen die Atomkraftgegner:innen massenweise den Saal. Später am selben Tag kehrte eine Gruppe zurück. Sie trug einen schwarz angemalten Holzsarg, worauf sie lediglich das Wort „Demokratie“ geschrieben hatte.

Die ortsansässige Bevölkerung hätte den Verlust ihres Vertrauens in die Landesregierung und in den offiziellen Genehmigungsprozess kaum deutlicher machen können.

Die Nachricht, dass ein Blei-Chemiewerk für das elsässische Dorf Marckolsheim – nur zwei Kilometer von Wyhl entfernt – geplant war, wurde am badischen Rheinufer wenige Tage nach dem umstrittenen Erörterungstermin bekannt gegeben.

Die Bevölkerung hatte sich über die letzten Jahre mit den potentiellen Gefahren der Kernenergie intensiv auseinandergesetzt. Die Gefahren toxischer Chemikalien wie Blei benötigten keine so sorgfältige Einführung. Wie ein Aktivist sich später erinnerte, „Ortsnamen wie Stolberg oder Nordenham“, wo Kühe wegen

Toxinen „tot auf der Weide“ lagen, „wurden zum Synonym für Umweltverseuchung.“¹⁰ Aufgrund schwerwiegender Bedenken wegen der atomaren und chemischen Gefahren trafen sich die Vertreter:innen von 21 Bürgerinitiativen aus Baden und dem Elsass am 24. August 1974 in dem südbadischen Dorf Weisweil. Die Gruppen verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihre langjährigen Sorgen um die Landwirtschaft und die Volksgesundheit äußerten und ihren Aktionsplan für die Zukunft bekannt machten.

Denn der kurze Text endete mit einer Warnung. Die ortsansässige Bevölkerung erklärte sich bereit, die beiden Baustellen – in Wyhl und Marckolsheim – zu besetzen, sobald der Bau beginnen würde. In Abschnitten mit den Titeln „Weil wir sehen“ und „Weil wir gelernt haben“ rechtfertigten die BIs diesen Aufruf zur Platzbesetzung auf Basis ihrer Erfahrungen aus vier Jahren Anti-Atomprotest. Sie hatten gesehen, dass die Atomindustrie ihre Projekte durchführen wollte, egal wie hoch die Risiken waren. Sie hatten gelernt, dass die Landesregierung nicht neutral war und dass der Widerspruch hunderttausender Menschen nicht wahrgenommen wurde.¹¹

Inspiration und Kooptation: Der Widerhall von Wyhl

Es waren die Herausforderung der Landesregierung und der Atomindustrie, im „hammerharten Beschluss“ der Erklärung der 21 Bürgerinitiativen deutlich beschreiben, und die zwei Bauplatzbesetzungen, die tatsächlich folgten, die die Aufmerksamkeit der Bundesrepublik nach Wyhl brachte.¹² Mit dem Beispiel Wyhl bekannt gemacht, interpretierte eine Bandbreite von Aktivist:innen, die von den „Jungen Europäischen Föderalisten“ (JEF) über gewaltfreie Anarchist:innen bis hin zu dogmatischen Kommunist:innen reichte, den Anti-Atomprotest als kraftvolles Mittel, sowohl die Regierung herauszufordern als auch ihre eigene politische Ziele weiter zu verfolgen.

Die JEF interessierten sich früh für den Protest am Oberrhein, weil die dortige „grenzübergreifende Zusammenarbeit“ solch eine bedeutende Rolle schon vor der Besetzung spielte. Schon 1975 veröffentlichten die JEF eine Sonderausgabe ihrer Zeitschrift „Forum E“ zum Thema Anti-Atomprotest und jubelten, als lokale Atomkraftgegner:innen aus der gesamten Bundesrepublik das Heft als Unterlage für ihre Arbeit bestellten. Der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) kam erst später zum Anti-Atom-Thema. Bis zur Platzbesetzung in Marckolsheim, im September 1974, ließ der KBW kritische Artikel zum Protest am Oberrhein in seiner „Kommunistischen Volkszeitung“ (KVZ) erscheinen.

Erst danach wurde die Berichterstattung in der KVZ durchaus positiv: Anscheinend durch den empfundenen Lernprozess der Bevölkerung:

„Diese Aktionen [haben klargemacht, dass] die Arbeiter und Bauern, gleich auf welcher Seite der Grenze, die gleichen Interessen haben, weil sie erkannt haben, daß auf beiden Seiten der Grenze Kapitalisten, nur getrieben vom Streben nach Profit, ihnen feindlich gegenüberstehen, und daß die Regierungen nicht auf der Seite des Volkes stehen, sondern alles tun, um gegen die Interessen und Bedürfnisse des Volkes die Interessen der Kapitalisten durchzusetzen.“¹³

Diese neuentdeckte Achtung derselben ländlichen Menschen, deren Aktionen der Bund kurz zuvor kritisiert hatte, war eine Funktion des wachsenden Kampfgeists der Atomkraftgegner:innen und der Fähigkeit des KBW, ihren Aktivismus als Teil des eigenen politischen Projekts zu interpretieren. Kurz nach der Besetzung in Wyhl hallte diese Interpretation in einer Äußerung von Horst Mahler, dem Sprecher der RAF, wider. In einer Presseerklärung, beschrieb er die Besetzung in Wyhl als „revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter.“¹⁴

Wie diese Reaktionen deutlich machen, wurde die Debatte über die Atomenergie wegen grenzüberschreitender Aktionen oder aggressiver Taktik für ein breites Spektrum von vorher vorhandenen Gruppierungen und Organisationen interessant. Es war keine schlagartige Aneignung ökologischer Ideale, sondern das neu in Aussicht gestellte Mittel, um ihre eigene Agenda zu verfolgen, die diese Gruppen anzog. Indem sie mehrere Wyhls zu verursachen halfen, wollten solche politischen Gruppierungen eine Vielzahl politischer Ziele, die vom Klassenkampf bis hin zu einem föderalen Europa reichten, realisieren.

Fazit

Die Entwicklung des Kampfs gegen Atomkraft am Oberrhein offenbart die komplexe Beziehung zwischen spezifischen ökologischen Sorgen und anderen Themen. Sorgen um ihren eigenen Lebensunterhalt veranlassten viele südbadische Bäuerinnen, Bauern und Winzer:innen, überzeugte Atomkraftgegner:innen zu werden. Aber Sorgen um die Demokratie konnten auch direkte Sorgen um die Atomkraft in den Schatten stellen, wie zum Beispiel beim Erörterungstermin in Wyhl. Dieses Verflechten von Umweltthemen mit Sorgen um den eigenen Lebensunterhalt und das wachsende Misstrauen von Regierungsbeamten erlaubten es Menschen mit breitgefächerten Interessen und Zielen aus der gesamten Bundesrepublik, zusammen gegen die Verwendung der Atomenergie zu arbeiten.

KEIN KERNKRAFTWERK IN WYHL

D 2031
unkonventionelle Literatur



KBW

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland

04 – Kommunistischer Bund
Westdeutschlands: „Kein Kernkraftwerk
in Wyhl“ (1975)

Anmerkungen

1
Gekürzte Übersetzung von Milder, Stephen:
The 'Example of Wyhl': How grassroots
protest in the Rhine Valley shaped West
Germany's anti-nuclear movement, in:
Conze, Eckart u.a. (Hg.): Nuclear Threats,
Nuclear Fear, and the Cold War in the 1980s.
Cambridge: Cambridge University Press 2016,
S. 167 – 185.

2
Sacherer, Annemarie: Panik erfaßte unsere
Herzen, in: de Witt, Margret u.a. (Hg.): Wyhl.
Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst
nirgends. Betroffene Bürger berichten,
Freiburg: Dreisam Verlag 1976, S. 94 – 98.

3
Signal Wyhl, in: Der stille Weg, Bd. 27 (1975),
Heft 5 – 6, S. 20.

4
Mossmann, Walter: Die Bevölkerung ist
hellwach!, in: Kursbuch, Bd. 39 (1975),
S. 129 – 154.

5
Hoffmann, Freia: Was bedeutet das Beispiel
Wyhl? Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) /
Petra Kelly Archiv (PKA) 1975.

6
Erst beim Wein sprang der Funke, in: Badi-
sche Zeitung, 26.01.1977.

7
500 Kaiserstühler Bauern demonstrieren
gegen Kernkraftwerk, in: Klassenkampf. Extra
Blatt, 19.09.1972. Archiv Soziale Bewegungen
(ASB) Freiburg, „Wyhl – Die Anfänge“, 3581.

8
Meinungen zur Landespolitik, in: Staats-
anzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 76,
23.09.1972.

9
Auer, Gerd / Reich Jochen: Gebrannte Kinder:
Vorgeschichten vom Kampf gegen das Atom-
kraftwerk Wyhl, in: S'Eige zeige (2001), Heft
15, S. 87 – 112.

10
Mossmann, Walter: Realistisch sein: das
Unmögliche verlangen, Berlin: Der Freitag
2009, S. 194.

11
Die 21 badisch-elsässische Bürgerinitiativen:
Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die
badisch-elsässische Bevölkerung (1974). ASB
Freiburg, „Wyhl – Die Anfänge“, 3577, siehe
Abbildung im Inneren des Umschlags am
Anfang und am Ende dieses Bandes.

12
Mossmann: Realistisch sein, S. 197.

13
Der Widerstand gegen das Bleiwerk wächst,
in: Kommunistische Volkszeitung, Nr. 21,
2.10.1974.

14
Besetzer wehren sich gegen Missbrauch ihrer
Aktion, in: Badische Zeitung, 03.03.1975.

Abbildungen

01:
Regierungserklärung von Ministerpräsident
Hans Filbinger, 27. Februar 1975
WLB Stuttgart: 25C/968

02:
Plakat: Pfingsten 1979. Internationale De-
monstration gegen die Atomenergie, Freiburg:
Bundschuh-Druck 1979
WLB Stuttgart / BfZ: PSLD7/10002

03:
Flugblatt: Bleiwerk-Alarm Marckolsheim gilt
weiter, um 1975
WLB Stuttgart / BfZ: Sammlung Milarch

04:
Kommunistischer Bund
Westdeutschlands: Kein Kernkraftwerk
in Wyhl, Freiburg i. Br. 1975.
WLB Stuttgart / BfZ: D 2031

